

# Schweizerische Volkspartei

## Ursachen der Wahlerfolge

Radoslav Štefančík

### Resumé

Od roku 1959 bola švajčiarska vláda vždy po voľbách konštituovaná podľa tzv. *Zauberformel*. Pod zázračnou formulou sa rozumelo zloženie vlády podľa kľúča 2+2+2+1, t.j. dvaja zástupcovia zo Slobodnej demokratickej strany Švajčiarska (FDP), dvaja z Kresťansko-demokratickej strany Švajčiarska (CVP), dvaja zo Sociálno-demokratickej strany (SP) a jeden zástupca zo Švajčiarskej ľudovej strany (SVP). Volebné úspechy SVP v 90. rokoch podnietili diskusie o reforme *Zauberformel*. Potom, ako z volieb v roku 1999 najmenšia vládna strana vzišla ako víťaz a o štyri roky svoju pozíciu vo voľbách do Národnej rady jednoznačne posilnila aj na úkor ostatných pravicových síl, využili ľudovci svoj volebný úspech a presadili si druhého zástupcu do Spolkovej rady. Po 46 rokoch má Spolková vláda aj naďalej sedem členov. Na úkor švajčiarskych ľudovcov boli kresťanskí demokrati donútení obetovať jedno miesto v Spolkovej rade.

V práci sa sústreďujem na tri aspekty úspechu SVP – zmena, ktorou strana prešla v 70. rokoch, kedy sa tradičná strana roľníkov a živnostníkov pretvorila na širokospektrálnu ľudovú stranu v zmysle tézy Otta Kirchheimara o vzniku catch-all-parties (Allerweltparteien) v západnej Európe. Druhý aspekt tvorí analýza volebného programu SVP z volieb v roku 2003, jeho odlíšenie sa od programu ostatných vládnych švajčiarskych strán, s dôrazom kladeným na snahu o zachovanie švajčiarskej neutrality a distancovania sa od procesu európskej integrácie. Tretí aspekt úspechu SVP vidím v neraz agresívnom spôsobe, akým strana pred voľbami alebo dôležitými ľudovými hlasovaniami mobilizuje svojich členov a sympatizantov.

### 1. Einleitung

Seit Dezember 1959 setzt sich der Schweizer Bundesrat nach der sog. Zauberformel zusammen. Als Zauberformel wurde die Zusammensetzung der siebenköpfigen Schweizer Regierung aus je zwei Mitgliedern der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP), Sozialdemokratischen Partei (SP) und einem Mitglied der Schweizerischen Volkspartei (SVP) genannt. Wahlerfolge der SVP in den 90er Jahren verursachten, dass die Zauberformel in Frage gestellt wurde. Bei den

Nationalratswahlen im Dezember 1999 erreichte SVP mit 22,5% der Stimmen das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte und wurde zur wählerstärksten Partei der Schweiz. Vier Jahre später, bei den Wahlen im Dezember 2003 festigte sie ihre führende Position unter den politischen Parteien und mit 27,7% der Stimmen blieb sie die stärkste Partei.

Schon nach den Wahlen 1999 forderte SVP den zweiten Sitz im Bundesrat, stieß aber auf Widerstand der drei Bundesratsparteien. Nach dem Wahlerfolg in 2003 wiederholte sie, diesmal aber unter Bedrohung des Rückzugs in die Opposition, ihren Anspruch auf den zweiten Sitz im Bundesrat. Zum Kandidaten der SVP auf den zweiten Bundesratsitz wurde eine der führenden Persönlichkeiten der Partei Christoph Blocher. Erst im dritten Wahlgang setzte er sich gegen die damalige Bundesrätin Ruth Metzler aus der CVP durch. Nach vierundvierzig Jahren kam zur Reform der Zauberformel. Die Zahl der Regierung blieb auf sieben, es änderte sich aber die Zusammensetzung des Bundesrates nach Parteizugehörigkeit. Der heutige Bundesrat setzt sich also aus je zwei Mitgliedern der SVP, FDP, SP und einem Mitglied der CVP.

In meiner Arbeit ist es zu zeigen, wo die Ursachen des raschen Popularitätswachstums Schweizerischer Volkspartei zu finden sind. Die 90er Jahre brachten in Europa große politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Veränderungen (u. a. Ende des Kalten Krieges, europäische Integration der postkommunistischen Länder, Immigrationswellen der Bevölkerung aus der nichtchristlichen Welt), auf die SVP im Vergleich zu ihren Koalitionspartnern ganz anders reagierte. Oppositionelle Politik der SVP innerhalb der Regierung machte aus der kleinsten Bundesratspartei größte und populärste Partei auf der eidgenössischen Ebene.

Ursprünge der Wahlerfolge kann man schon in den 70er Jahren suchen, als es der Partei gelungen ist, sich ideologisch zu reformieren, und damit stabile Wählerschaft nicht nur bei der deutschsprachigen und protestantischen Bevölkerung auf dem Schweizer Lande, sondern auch in anderen Gebieten und anderen sozialen Schichten zu finden. Die innere Reform der Partei von Bauern und Gewerben in 1971 war der erste Schritt auf der Suche nach neuen Wählern. Wo kann man aber andere suchen?

Politische Parteien erfüllen in jedem demokratischen System wichtige Funktionen. Erstens versuchen sie die Wählerstimmen zu gewinnen, um an der Regierung beteiligt zu sein, und damit ihre Vorstellungen durch das Parlament durchzusetzen. Zweitens sind politische Parteien Repräsentanten ihrer Mitglieder und Anhänger. Drittens erfüllen die Funktion der Artikulation politischer Probleme und Interessen, die in den Wahlprogrammen zu finden sind. Viertens mobilisieren sie ihre Wähler vor den politischen Entscheidungen bei

den Wahlen oder bei den Referenden. Fünftens rekrutieren sie politisches Personal auf allen politischen Ebenen.<sup>1</sup>

Meine Aufmerksamkeit richte ich auf zwei von den fünf genannten Funktionen. Auf die Artikulation der Probleme und Interesse und auf die Mobilisierung der SVP-Wählerschaft. Gerade Programmatik der Partei und die Art und Weise der Mobilisierung der Wählerschaft waren die zwei wichtigsten Ursachen des Wahlerfolges der SVP in den letzten Wahlen 1999 und 2003.

## 2. Entstehungsbedingungen und Entwicklungstendenzen

Entwicklung der Schweizer Parteien beginnt im 19. Jahrhundert. Erste Schweizer Parteien entstanden in denjenigen Kantonen, in denen der Kampf um die Demokratisierung besonders früh und heftig einsetzte.<sup>2</sup> Sie existierten in der Form politischer Gruppierungen auf der kantonalen Ebene ohne feste Parteihierarchie. Erst Jahrzehnte nach der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848, gelang es den kantonalen politischen Gruppierungen sich auf nationaler Ebene zu organisieren.<sup>3</sup> So wie in anderen westeuropäischen Staaten spielten auch in der Schweiz bei der Herausbildung der politischen Parteien drei große Ideologien: Liberalismus, Konservatismus (mit einer starken katholischen Prägung) und Sozialismus wichtige Rolle. Die Liberalen brachten Idee der Verbreitung der Menschenrechte mit. Den Liberalen standen die Konservativen entgegen, die an den alten Traditionen festhalten wollten. Im Prozess der Industrialisierung gewann auch die immer wachsende Arbeiterschaft an ihrer Bedeutung. Sie organisierte sich in den sozialdemokratischen Parteien mit dem Hauptziel, soziale Sicherheit und politische Rechte für Arbeiter zu gewährleisten. Den Sozialdemokraten gelang es eigene Partei (SPS) auf kantonalen Ebene in 1888 zu gründen, den Freisinnigen (FDP) in 1894, und den Katholisch-Konservativen (CVP) in 1912. Der Konflikt, aus dem der Vorläufer der Schweizerischen Volkspartei Bauern, Gewerbe- und Bürgerpartei entstand, war im 19. Jahrhundert in der Gesellschaft noch nicht so intensiv entfaltet.

SVP entstand erst am 22. September 1971, aber ihre Tradition geht auf die bäuerlichen Kantonalparteien zurück. Sie entstand durch die Verbindung der Bauern, Gewerbe- und

---

<sup>1</sup> Vgl. Linder, Wolf, Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven, Bern 1999, S. 79.

<sup>2</sup> Ladner, Andreas, Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien, in: Klöti, Ulrich u. a. (Hrsg.), Handbuch der Schweizer Politik, 3. Auflage, Zürich 2002, S. 211-257, hier S. 225.

<sup>3</sup> Vgl. Linder, Schweizerische Demokratie, S. 79.

Bürgerpartei und der Demokratischen Parteien der Kantone Graubünden und Glarus. Die Bauernparteien entwickelten sich in der Schweiz am Anfang des 20. Jahrhunderts, vor allem im Gefolge oder kurz nach dem ersten Weltkrieg. Die Schweizer Bauern waren vorher in der Freisinnig-Demokratischen Partei organisiert, und verspürten kein Bedürfnis eine eigene Partei zu gründen<sup>4</sup>. Sie versammelten sich in zahlreichen Bauernverbänden, z. B. die Parlamentarier der bäuerischen Herkunft waren im *Landwirtschaftlichen Club der Bundesversammlung* vereinigt. Im Gefolge des ersten Weltkrieges entstanden bäuerliche Kantonalparteien in den Gebieten, wo Freisinnige Partei konsumentfreundliche, antimilitaristische und internationalistische Politik betrieb. Erste bäuerliche Kantonalpartei entstand im Kanton Zürich in 1917, dann in Bern und Schaffhausen 1918, Aargau 1920, Tessin 1921, Waadt 1921, Basel-Land 1925 und in Freiburg 1945<sup>5</sup>.

Entstehung der bäuerlichen Parteien in der Schweiz lässt sich durch die klassische Cleavages-Theorie von Lipset und Rokkan erklären. Lipset und Rokkan unterscheiden zwei wichtige Prozesse, die bei der Entstehung der politischen Parteien wichtige Rolle spielten. Den Prozess der „nationalen Revolution“ und den Prozess der „industriellen Revolution“. Der Prozess der nationalen Revolution ist durch den Konflikt zwischen dem Zentrum und der ethnisch, sprachlich und konfessionell unterschiedlichen Bevölkerung in der Peripherie gekennzeichnet.<sup>6</sup> In der Schweiz standen katholischen Konservativen den Liberalen sowohl im Zentrums-Peripherie- als auch im Staat-Kirche-Konflikt gegenüber. Der erste erreichte seinen Höhepunkt im Sonderbundskrieg im Jahre 1847, die Entwicklung des anderen wurde vom Kulturkampf beeinflusst. Der dritte Arbeit-Kapital-Konflikt führte zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.<sup>7</sup> Für die Herausbildung der BGB ist der Konflikt zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Interessen von Bedeutung, also der sozial-ökonomische Stadt-Land-Konflikt. Schnelle Industrialisierung diente den Interessen von Unternehmern. Unternehmer haben ihre Geschäfte vor allem in den Städten entwickelt. Aufgrund fehlender Transportmöglichkeiten haben viele Leute kleine Dörfer verlassen und sind in die Städte umgesiedelt. Diese Entwicklungstendenz stand aber im Widerspruch zu den Interessen von Bauern.

Unterschiede zwischen Bauern und Unternehmern in der Freisinnigen Partei am Anfang des 20. Jahrhunderts waren zu groß, um weiter in einer Partei zusammenzuarbeiten. Bauern fühlten sich von der Industrialisierung und von den Erfolgen der sozialistischen

---

<sup>4</sup> Vgl. Gruner, Erich, Die Parteien in der Schweiz, 2. Auflage, Bern 1997, S. 152.

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 152

<sup>6</sup> Vgl. Lipset, Seymour M./ Rokkan, Stein, Party System and Voter Alignments, New York 1967, S. 14.

<sup>7</sup> Vgl. Ladner, Das Schweizer Parteiensystem, S. 225-227.

Bewegungen bedroht. Weil sich FDP gegen den schnellen Modernisierungsprozess und auch gegen sozialistische Ideen wenig engagierte und die Bauern in der Partei auch untervertreten waren, gründeten Bauern eigene Kantonalparteien, um ihre Interessen besser zu verteidigen. Programmatik der bäuerlichen Parteien richtete sich damit gegen sozialistische Verstaatlichung des privaten Eigentums, gegen schnelle Industrialisierung und gegen Migration der Bevölkerung aus den kleinen Dörfern in die großen Städte.

Bestimmte Rolle bei der Entwicklung der BGB spielte auch schlechte Versorgungslage der Schweizer Bevölkerung während des ersten Weltkrieges. Aus diesem Grund gewann Bauernschaft als wichtige Versorgungsquelle in der Gesellschaft an großer Bedeutung<sup>8</sup>.

Obwohl BGB ursprünglich als eine Partei der Bauern und Kleingewerben entstand, nahm sie kurz nach der offiziellen Gründung im Juli 1918 auch Lehrer, Richter, Beamten, Pfarrer und Ärzte auf. Deswegen befindet sich im Namen der Partei von Anfang an auch das Wort „Bürger“. Die nächsten Jahre sind durch die Mitgliederexpansion der Partei und durch die Fusion mit anderen konservativen Kantonalparteien gekennzeichnet. In 1921 traten der Gewerbeblügel und die alten Liberal-konservativen des Kantons Bern in die Partei ein. In 1929 wurde zum ersten mal ein Vertreter der BGB, Rudolf Minger, in die Schweizer Regierung, den Bundesrat gewählt. Ursprünglich oppositionelle Partei zu dem Freisinn wurde zur Regierungspartei und blieb in der Schweizer Regierung ununterbrochen bis heute. Am 23. Dezember 1936 haben sich kantonale BGBs zu einer gesamtschweizerischen Landespartei vereinigt. Zu dieser Zeit hatte sie 21 Vertreter im Nationalrat und drei Vertreter im Ständerat<sup>9</sup>.

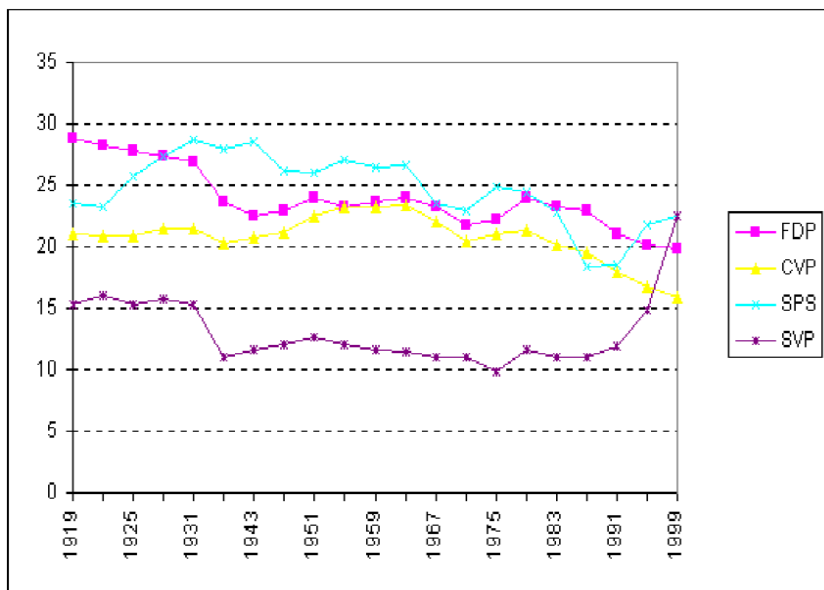
Die BGB hatte zum Beginn ihrer Existenz bis zu den 30er Jahren stabile Wählerschaft um ca. 15% (Vgl. Abbildung 1). Sie bestand sozial-ökonomisch aus bäuerlichen und gewerblichen Schichten, der Konfession nach aus der protestantischen Bevölkerung und territorial aus den deutschsprachigen Gebieten.

---

<sup>8</sup> Gruner, Erich, Die Parteien in der Schweiz, 2. Auflage, Bern 1997, S. 154.

<sup>9</sup> Quelle: Bundesamt für Statistik

Abb. 1: Nationalratswahlen seit 1919 bis 1999



Quelle: Entnommen aus Merkmale des Schweizer Parteiensystems, In: <[http://www.politikon-snaabruock.de/ilias/le-html/course49/off\\_page\\_print49st4576pr.htm](http://www.politikon-snaabruock.de/ilias/le-html/course49/off_page_print49st4576pr.htm)>.

In den 70er Jahren kam auch in der Schweiz zu großen Veränderungen im Parteiensystem, die für spätere Wahlerfolge der SVP von großer Bedeutung waren. Enge Verbindungen zwischen Parteien und bestimmten sozial-ökonomischen Schichten, oder religiösen Gruppen, waren immer schwächer. Das entspricht der These von Otto von Kirchheimer über die Bildung der westeuropäischen Allerweltparteien (catch-all-party).<sup>10</sup> Radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponente nennt er als das erste Merkmal dieses Prozesses. Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems beginnt nach Kirchheimer nach dem zweiten Weltkrieg. Die Politik wird individualisiert und die Wähler hören allmählich auf, sich ideologisch, kulturell oder konfessionell nur mit einer politischen Partei zu identifizieren. Die Folgen sind Abneigungen der Wählerschaft von den traditionellen Parteien und anschließend ihre Unterstützung der neuen politischen Gruppierungen, die im Vergleich zu alten Parteien ideologisch nicht so streng profiliert waren. Dieser Trend führte bei einigen Parteien zu innenparteilichen Reformen. Die Parteien stellten der Bevölkerung ein neues Programm dar, das nicht nur an eine Ideologie, an eine soziale Schichte oder nur eine kulturelle Gruppe gebunden war. Kirchheimer nennt weitere Merkmale dieses Wandels<sup>11</sup>, die wir in den schweizerischen Bedingungen seit den 80er Jahren auf dem Beispiel der SVP beobachten

<sup>10</sup> Vgl. Kirchheimer, Otto, Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., Heft 1, S. 20-41.

<sup>11</sup> Vgl. ebd. S. 32.

können. Die Politiker an der Parteispitze werden verstärkt (Zürcher Parteiflügel an der Spitze mit Christoph Blocher), Partei ist nicht mehr nur mit der alten Klassen- und Konfessionsbasis verbunden, sondern sie macht Propaganda mit dem Ziel, auch die neuen Bevölkerungsgruppen zu erfassen (nicht nur protestantische in deutschsprachigen, sondern auch katholische Bevölkerung in den französischsprachigen Gebieten) und um in den Parlamentswahlen erfolgreich zu sein, arbeitet sie eng mit den verschiedenen Interessenverbänden zusammen (z. B. Schweizerischer Bauernverband, Schweizerischer Gewerbeverband, Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz, oder eine Menge von Komitees, die ad hoc vor für SVP wichtigen Volksabstimmungen entstehen, u. a.: Gewerbe und Wirtschaftskomitee Nein zur Ostzuwanderung, Schweizerische Komitee für sichere Arbeitsplätze und solide Sozialwerke).

In 1971 kam zur Vereinigung der BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden. Das Ziel dieser Verbindung sollte nach eigenen Angaben der SVP Verbreitung der Wählerschaft und damit Verstärkung der Partei sein. Im Sinne des Parteiwandels hat die BGB auch ihren alten Namen geändert. Das Schwinden der traditionellen Basis in Landwirtschaft und Gewerbe zwang sie schon früher zu einer Neuorientierung.<sup>12</sup> Neue entstandene Schweizerische Volkspartei profilierte sich als Partei der Mitte, als Partei des Mittelstandes, die vor allem Interesse der Arbeitnehmer verteidigt. Auch nach der Neuorientierung stammten stabile Parteiwähler aus den Kreisen der Landwirtschaft und Gewerbe. In den 90er Jahren bildeten Bauern und Gewerbetreibenden fast die Hälfte (43%) aller SVP-Wähler.<sup>13</sup>

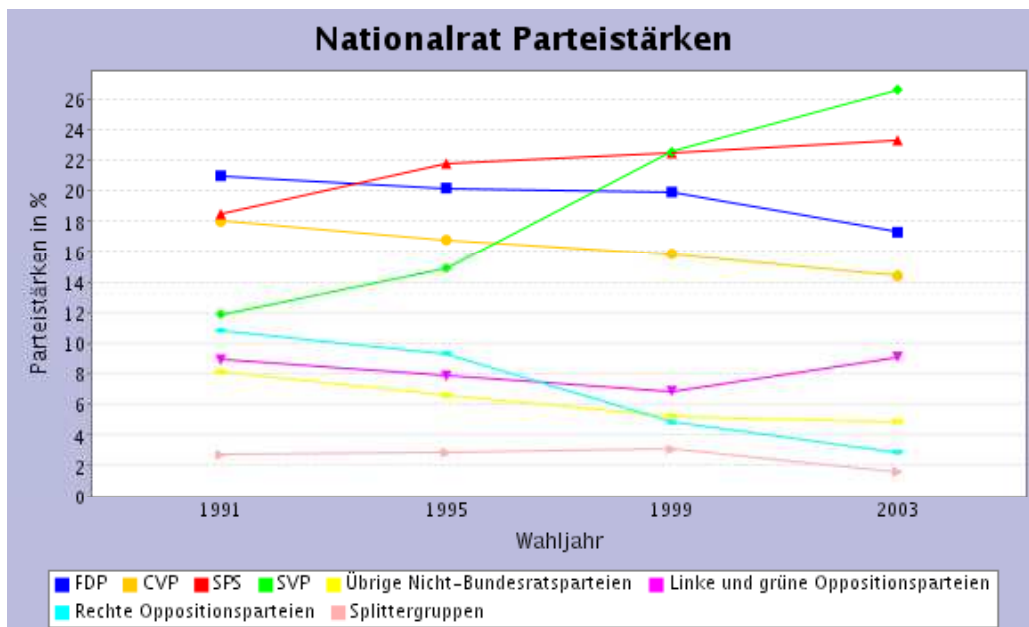
Die Vereinigung der BGB mit zwei Kantonalparteien half der Partei bei der Suche nach neuen Wählern nicht (Vgl. Abbildung 1). Vier Jahre nach der Vereinigung gewann SVP am wenigsten von Stimmen in ihrer ganzen Geschichte. Ein schnelles Stimmenwachstum erlebte sie erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Innerhalb von zwei Wahlperioden (Vgl. Abbildung 2) in den 90er Jahren wurde sie zur stärksten Partei der Schweiz. Sie gewann Vormachstellung im bürgerlichen Lager, und nach den Wahlen 2003 bekam sie den zweiten Sitz im Bundesrat. Wie die Abbildungen 1 und 2 zeigen, ist SVP die einzige Regierungspartei, deren Wähleranteil heute höher ist, als in der Zeit der Schaffung der Zauberformel in 1959. Nach den Nationalratswahlen 2003 hat SVP 55 Vertreter im Nationalrat und zwei Vertreter im Bundesrat.

Abb. 2: Nationalratswahlen seit 1991

---

<sup>12</sup> Ladner, Das Schweizer Parteiensystem, S. 231.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 246.



Quelle: <<http://www.politik-stat.ch/nrw2003/CH/diag.shtml>>am 10.4.2005

Der andere Grund der Wahlerfolge aus den 90er Jahren können wir am Anfang der 80er Jahre finden. Innerhalb der Partei existierten zwei Flügel, die unterschiedliche Meinung zur internationalen Integration der Schweiz hatten. Vertreter des konservativen integrationskritischen Flügels stammten vor allem aus der Zürcher Kantonalpartei und wurden von dem charismatischen Christoph Blocher geführt. Liberale Befürworter der Integration gruppierten sich in den Westschweizer Parteisektionen und in der Berner SVP. Einen großen Erfolg feierte SVP Zürich im Jahre 1986 nach dem Referendum über den Beitritt der Schweiz zur UNO. Obwohl sich für den UNO-Beitritt sowohl die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament als auch der Bundesrat äußerten, lehnte das Volk den Beitritt mit klarer Mehrheit der Nein-Stimmen (75,5%) ab.<sup>14</sup> Um die Wähler vor der Volksentscheidung besser zu mobilisieren, gründete der konservative Parteiflügel ein Aktionskomitee gegen den UNO-Beitritt. Noch in demselben Jahr entstand aus dem Komitee die *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz* (AUNS). Das Bild der Partei auf nationaler Ebene prägte vor allem Zürcher SVP. Eine wichtige Rolle spielte dabei Ankündigung einer eidgenössischen Volksinitiative gegen illegale Immigration zum Beginn der 90er Jahre.

Dem Zürcher Flügel half weiter das Ergebnis der Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum EWR in 1992. Das Volk hat den EWR-Vertrag abgelehnt, und innerhalb der SVP setzte sich die Zürcher Gruppe mit ihrer Antiintegrationspolitik durch. Nach dem

<sup>14</sup> Vgl. Schwendin, Thomas, Herausforderung Europa: integrationspolitische Debatten in Österreich und in der Schweiz 1985-1989, Berlin 1993, S. 200.



gescheiterten Referendum über den EWR-Beitritt setzte SVP vor allem auf Neutralitätspolitik ein und profilierte sich immer mehr als oppositionelle Partei innerhalb der Regierung. Steigender Einfluss des Zürcher Flügels wurde in 1995 durch die Wahl des neuen Parteipräsidenten bestätigt. Im Jahre 1996, nach achtjähriger Amtstätigkeit, ist Ständerat Hans Uhlman zurückgetreten und zum neuen Parteipräsidenten wurde der Zürcher Nationalrat Ueli Maurer, der bis heute an der Spitze der SVP steht.<sup>15</sup>

Nach den Nationalratswahlen in 2003 kam zum wichtigen Ereignis nicht nur in der Parteigeschichte, sondern in der Geschichte des Schweizer politischen Systems. Nach dem eindeutigen Wahlsieg forderte SVP den zweiten Sitz im Bundesrat. Unter Bedrohung aus der Regierung auszutreten aber auch nach innenparteilicher Auseinandersetzung, wurde am elften Dezember 2003 im dritten Wahlgang der kontroverse Nationalrat Christoph Blocher zum Bundesrat gewählt. Die Wahl von Christoph Blocher zum Bundesrat änderte nicht nur seit 1959 eingeführte parteipolitische Zusammensetzung der Schweizer Regierung, die sog. Zauberformel, sondern zum ersten mal seit 131 Jahren wurde mit Rutz Meztler aus CVP ein Regierungsmitglied in seinem Amt nicht bestätigt.

Alte Konfliktlinien, die wichtige Rolle bei der Herausbildung der Schweizer Parteien ca. vor 120 Jahren wichtige Rolle spielten, sind am Ende des 20. Jahrhunderts an ihrer Bedeutung verloren. Die nur an bestimmte Parteien gebundenen Milieus gibt es nicht mehr. Damit ist auch die Gruppe der Stammwähler gesunken. Auf der anderen Seite wächst die Zahl der Wechselwähler zu, die ihre Wahlentscheidungen häufig ändern.<sup>16</sup> Trotzdem kann man nicht sagen, dass in der Schweizer Gesellschaft heutzutage keine alten Konfliktlinien existieren. Am Beispiel der Volksabstimmung über den EWR-Vertrag in 1992 stellt Linder zwar die sprachliche Spaltung in der schweizerischen Stimmbürgerschaft dar. Den Vertrag nahmen die Romands mit 77 Prozent an, während die Deutschschweizer ihn mit 54 Prozent Neinstimmen ablehnten.<sup>17</sup> Linder unterstreicht aber zugleich die Tatsache, dass die Schweizer Parteien sprachliche Unterschiede nicht ausbeuten, sondern sich als eidgenössische Parteien definieren, selbst wenn sich die Parteien bemühen, ihre Sektionen in allen Kantonen zu schaffen.<sup>18</sup>

Bei dem Vergleich der SVP-Programmatik zu der Programmatik ihrer politischen Konkurrenten geht es eher um den Konflikt zwischen den Anhängern der neutralen Schweiz

---

<sup>15</sup> Vgl. Schweizerische Volkspartei, in: <<http://www.anneepolitique.ch/docu/HP-SVP>>, am 23.7.2005.

<sup>16</sup> Vgl. Longchamp, Claude, Umgruppierung der politischen Mitte, GfS-Forschungsinstitut, Politik und Staat, Bern 2002, S. 2. <<http://www.fdp.ch/dl/Wahlen03/Wahlbar01.pdf>> am 21.6.2005.

<sup>17</sup> Vgl. Linder, Schweizerische Demokratie, S. 87.

<sup>18</sup> Vgl. ebd. S. 88.

einerseits und den Anhängern der Integration des Landes in transnationale Organisationen andererseits. Für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union treten vor allem linke Parteien auf, mit der SP an der Spitze. Nach den Wahlen 2003 wurden zwei großen Polen mit SVP und SP geschafft. Kleine Parteien haben an ihrer Bedeutung verloren. Im Vergleich zu SVP und SP haben ihre Bundesratspartner CVP und FDP in den Wahlen 2003 an Wähler verloren. Christdemokraten beschränkten sich lange Jahre nur auf katholische Bevölkerung. Weil sie auf anhaltende Säkularisierung Schweizer Gesellschaft in keiner ausreichenden Maße reagiert, verliert sie allmählich seit Anfang der 80er Jahre ihre Wähler. Schwere Zeiten erleben auch Liberalen aus FDP, die ähnlich wie CVP in den letzten zehn Jahren ihre Wähler verliert<sup>19</sup>.

### 3. Programmatik

Schweizerische Volkspartei hat sich bei ihrer Neugründung im Jahre 1971 als Partei der Mitte profiliert. Sie sollte vor allem den Mittelstand im Parlament repräsentieren. Der neue Kurs half der Partei bei der Verbreitung der Wählerschaft in den 70er Jahren nicht wesentlich. Unterstützung bei den Wählern blieb bis zum Anfang der 90er Jahre an der Grenze von ca. elf Prozent (Vgl. Abbildung 1). Während SVP in den Nationalratswahlen 1971 23 Mandate gewannen hat, gewann sie vier Jahre später nur 21 Nationalratsmandate.

Der Erfolg der Partei in den letzten Jahren liegt in den Themen, die Partei in den öffentlichen Debatten bevorzugt. Zu ihren wichtigsten Themenfeldern gehören: Asyl- und Migrationpolitik und damit verbundene innere Sicherheit, negative Stellung zur Integration der Schweiz in die transnationalen Organisationen und damit verbundene Beibehaltung der Neutralität, Steuern und Wirtschaftsentwicklung des Landes.

Obwohl SVP an der Regierung beteiligt ist, präsentiert sie ihre Themen mittels starker oppositioneller Rhetorik. An der Spitze ihrer Themen steht Asyl- und Ausländerpolitik. Mit den beiden Themen beginnt sie ihr Wahlmanifest *Wahlplattform 2003-2007*.<sup>20</sup> SVP bezeichnet Schweiz als eines der wichtigsten Zielländer für Scheinflüchtlinge. Den Bundesrat und das Parlament kritisiert sie wegen ihrer bisherigen Asylpolitik, die verursachte, dass im Land die Kriminalität höher sei. Gegen kriminelle Asylbewerber und illegale Zuwanderer fordert sie kompromisslose Maßnahmen zu treffen. Eine der Ursachen des hohen

---

<sup>19</sup> Ladner, Das Schweizer Parteiensystem, S. 228.

<sup>20</sup> Die Themen sind laut der Bemerkung im Parteiprogramm alphabetisch eingeordnet.

Ausländeranteiles in der Schweiz sieht sie in dem langen Asylbewerberverfahren. Um die Zahl der Asylbewerber zu senken, fordert sie Beschleunigung des Asylbewerberverfahrens, bessere Grenzkontrolle, Ausweisung krimineller Asylbewerber und Senkung der Kosten im Asylbereich. Auch in der nächsten Kapitel über Ausländerpolitik befindet sich Kritik an den Bundesrat. Schweiz gehört zu den Ländern mit höchsten Ausländeranteil. Die Zahl der Ausländer sollte noch nach der EU-Erweiterung durch zehn mittel- und osteuropäische Staaten steigen. SVP warnt vor dieser Situation und fordert u. a. keine unbefristeten Aufenthaltsbewilligungen für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten, keine Aufnahmen von Wirtschaftsflüchtlingen und rigorose Bekämpfung von Scheinehen. Sie setzt sich auch gegen Verhandlungen über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit für Bürger aus neuen EU-Mitgliedstaaten ein.

Das Thema der Asyl- und Migrationpolitik gehört heute zu den heikelsten politischen Themen in den westeuropäischen und allmählich auch in den mitteleuropäischen Staaten. In der Gesellschaft herrscht oft unbegründete Überzeugung, dass Immigranten den Schweizern ihre Arbeit klauen. Vor allem radikale rechte Parteien nutzten diese Gelegenheit aus, und richten ihre Politik gegen Ausländer. Radikaler, von vielen Beobachtern der Schweizer Politik und auch von linken Parteien bezeichnete populistischer Politikstils des Zürcher Parteiflügels<sup>21</sup>, hilft SVP Wählerstimmen zu gewinnen. Auf dieser Art und Weise erreichten rechtspopulistische Parteien große Wahlerfolge auch in anderen europäischen Staaten, z. B. Freie Partei Österreich noch unter Führung Jörg Haiders oder die französische Front National unter Jean-Marie Le Pen. SVP präsentiert sich als Partei, die Schweiz vor Ausländern aus armen Ländern schützt. Inwiefern aber die Bedrohung der Schweizer Identität durch den hohen Anteil der Ausländer realistisch ist, bleibt offen.

Zweit großes Thema der Schweizer Volkspartei hängt mit dem europäischen Integrationsprozess nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zusammen. SVP erklärt sich für einzige Bundesratspartei, die gegen den EU-Beitritt kämpft. Sie setzt sich für Beibehaltung der Neutralität der Schweiz ein, und damit Bewahrung der alten Traditionen, die für das politische System der Schweiz typisch sind. Mit dem Beitritt der Schweiz zur EU verbindet sie das Ende der langjährigen Tradition der Schweizer direkten Demokratie. SVP lehnt alle Vorschläge ab, das Land in die europäischen oder transatlantischen Organisationen zu integrieren. Es handelt sich nicht nur um den direkten Beitritt des Landes in die transnationalen Organisationen, sondern sie lehnt auch Aufnahme der EU-Verträge ab, die sie

---

<sup>21</sup> Vgl. Linder, Schweizerische Demokratie, S. 105.

für die Vorstufe des Beitrittes hält. Trotz der Popularität der SVP und ihres Bundesrates Blocher bei der Bevölkerung, verlor sie in den letzten Jahren wichtige Volksabstimmungen, in denen Bevölkerung über Integration des Landes entschieden hat. Zuerst in 2001 verlor SVP die Volksabstimmung gegen den Beitritt der Schweiz zur UNO, und im Juni 2005 verlor sie auch die Abstimmung gegen den Beitritt zum Abkommen Schengen und Dublin. Daraus folgt, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung nicht antieuropäisch eingestellt ist, obwohl SVP die Nationalratswahlen 2003 gewonnen hat, sondern dass es der SVP gelingt, antieuropäische Kräfte zu versammeln und gegen zersplitterte Eurooptimisten in den Wahlen zu gewinnen.

Abneigung der SVP von EU kann man auch aus der ideologischen Sicht erklären. Erstens, SVP setzt auf liberales Wirtschaftsprogramm ein. Der Mensch sollte sich diesem Programm nach für sich selbst kümmern. Er sollte den Staat durch die soziale Hilfe nicht ausnutzen. Politik der EU verbindet SVP mit der sozialistischen Solidaritätspolitik, was im Widerspruch zu liberaler Wirtschaftspolitik der Partei steht. Zweitens, Europäische Union hält sie für eine zentralisierte und bürokratisierte Organisation, die den Mitgliedstaaten ihre nationale Souveränität in hoher Maße beschränkt. EU-Staaten sind in vielen Bereichen an Anweisungen der EU gebunden, was die direkte Demokratie in der Schweiz bedrohen könnte.

Mit beiden Themen verbindet SVP auch die Problematik innerer Sicherheit. Um Sicherheit zu festigen, fordert sie Bildung eines eidgenössischen Sicherheitsdepartements. Einerseits fordert sie bei dem Sicherheitsschutz enge Zusammenarbeit mit dem Ausland, andererseits lehnt sie den Beitritt der Schweiz zu den Militärbündnissen wie z. B. NATO kategorisch ab und setzt auf die traditionelle Schweizer Milizarmee. Beide Versuche (1989 und 2001) die Schweizer Armee durch Volksabstimmungen abzuschaffen, lehnte sie ab. Auch in der Frage der Bewaffnung von Militärangehörigen im Auslandeinsatz nimmt sie negative Stellung.

Themen wie Asyl- und Arbeitsmigrationpolitik, Neutralität und negative Haltung zum Beitritt der Schweiz zu den internationalen Organisationen sind für SVP nicht neu. Wie aber die Tabelle 1 zeigt, gelingt es der Partei auch ehemalige Wähler der anderen bürgerlichen Parteien anzuziehen. Neun Prozent der CVP-Wähler und sogar zehn Prozent der FDP-Wähler aus den Wahlen 1999 stimmten in 2003 für SVP ab. Wo kann man Ursachen der Migration sowohl der katholischen Wähler, als auch der liberalen Bevölkerung zu der meist protestantischen und ursprünglich auch gegen große Unternehmer gerichteten SVP (noch als BGB) finden?

Tabelle 1: Herkunft der Wählerstimmen für 2003 aufgrund des Wahlverhaltens 1999

	<b>SVP 2003</b>	<b>CVP 2003</b>	<b>FDP 2003</b>	<b>SP 2003</b>
<b>SP 1999</b>	4%	4%	2%	88%
<b>CVP 1999</b>	9%	85%	3%	1%
<b>FDP 1999</b>	10%	1%	82%	5%
<b>SVP 1999</b>	88%	0%	6%	3%
<b>Andere Parteien</b>	4%	1%	4%	11%
<b>Keine Partei</b>	0%	2%	5%	4%

Quelle: Entnommen aus Longchamp, Claude, Umgruppierung der politischen Mitte, GfS-Forschungsinstitut, Politik und Staat, Bern 2002, S. 11 <<http://www.fdp.ch/dl/Wahlen03/Wahlbar01.pdf>> am 21.6..2005

SVP hat einige Themen aus den Programmen christlich-demokratischer Parteien übernommen. Zu den festen Säulen, auf denen christlich-demokratische Parteien ihre Politik bauen, gehört auch Bewahrung des christlich geprägten Lebensstils in der gegenwärtigen modernen Gesellschaft. Eines der christlichen Grundwerte ist der Schutz der traditionellen Familie. SVP unterstreicht die Rolle der Familie in der heutigen globalisierten Welt. Sie lehnt staatliche Eingriffe in die Familie ab, tritt gegen Gleichberechtigung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften auf und spricht sich gegen jede Form von Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch aus. Das Kind soll nicht in den Kinderkrippen oder Kindergarten, sondern zu Hause in den Familien erzogen werden. Konservative Stellung nimmt SVP auch in der Frage der Genforschung. Sie begrüßt neue Technologien, lehnt aber jegliche Experimente mit der Menschenklonierung ab. Ebenfalls nimmt sie eine klare negative Stellung auch zur Drogenliberalisierung.

Während SVP in den Gesellschaftsfragen eine konservative Stellung nimmt, kann man ihre Wirtschaftspolitik als liberal bezeichnen. Sie setzt sich für die Senkung von Bundessteuern, Stabilisierung der Mehrwertsteuer und Reduktion bestimmter Abgaben und Gebühren. Den Unternehmen verspricht SVP mehr Freiheit und wenige Staatseingriffe in Wirtschaft. Liberal ist auch ihre Stellung zu der Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger. SVP bevorzugt Eigenverantwortung und persönliche Freiheit aller Schweizer Bürger, und der Staat darf sich nicht in die private Sphäre des Menschen einmischen. Ihre liberale Wirtschaftspolitik kann ein wichtiger Grund sein, warum erst zehn Prozent der FDP-Wähler aus den Wahlen 1999 vier Jahre später für SVP abstimmten. Wahlerfolge der Partei in den 90er Jahren waren ein Grund für die Gründung der neuen Kantonalsektionen auch in den traditionell christlichdemokratisch und freisinnig geprägten Kantonen. Heute hat SVP ihre Kantonalsektionen in allen Kantonen. Der oben genannten Programmatik nach können wir Schweizerische Volkspartei für eine national-konservative rechtsorientierte Partei mit dem

liberalen Wirtschaftsprogramm bezeichnen, die in öffentliche Debatten heikle Themen mit einfachen oft populistischen Lösungen bringt.

Nach dem Zerfall des Ostblocks brachen alle seiner großen multinationalen Staaten zusammen. In der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawien entstand eine starke Nationalismuswelle, die zur Gründung neuer Kleinstaaten führte. SVP präsentiert sich in der Schweiz mit einer neuen Art vom Nationalismus. Der neue westliche Nationalismus orientiert sich gegen fremde Bevölkerungsgruppen, gegen eine der Grundfreiheiten der EU – Personenfreizügigkeit, und gegen kulturelle und religiöse Eingriffe in die etablierte Westgesellschaft. Er appelliert auf das Heimatgefühl, alte Traditionen und Eigenheiten einheimischer Bevölkerung. Während der Ostnationalismus durch den Zusammenbruch künstlicher Staatsgebilde, die nur unter diktatorischer Herrschaft existieren konnten, entstand und eine natürliche Reaktion auf die von Kommunisten unterbrochene Bildung der Staatlichkeit von Kleinnationen war, ist der Westnationalismus eine negative Reaktion nicht nur auf riesige Wellen von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen aus den Ländern der dritten Welt, sondern auch auf freien Willen der europäischen Nationen in wirtschaftlichen, militärischen und auch in politischen Bereichen eng zusammenzuarbeiten.

Das Programm der SVP steht auf der Idee, dass die Schweiz weiter ein neutrales Land bleiben kann. Diese Idee steht im Widerspruch zur internationalen Politik anderer europäischer Länder, die Erfahrung des Zweiten und des Kalten Krieges haben und diese historische Erfahrung durch gemeinsame Annäherung beseitigen.<sup>22</sup>

#### **4. Mobilisierung der Wählerschaft**

In der Schweizer Konkordanzdemokratie, wo den Bürgern im Prinzip schon vor den Wahlen die Zusammensetzung der nächsten Regierung bekannt ist, kann man niedrige Wahlbeteiligung beobachten. In den Wahlen 1999 kam nur 43,3% und vier Jahre später 45,2% der stimmberechtigten Bevölkerung zur Wahlurne.<sup>23</sup> Infolge niedriger Wahlbeteiligung steht den Parteien eine große Gruppe der Nichtwähler zur Verfügung. Im Falle eines guten Wahlkampfes könnten Parteien zahlreiches Wählerpotenzial gewinnen und nach gutem Wahlergebnis ihre Forderungen sowohl auf der exekutiven als auch auf der legislativen Ebene

---

<sup>22</sup> Vgl. Mikulčíková, Adriana, Švajčiarsko v Európe – švajčiarsky nacionalizmus ako možná príčina odmietania vstupu do EÚ?, in: Goňcová, Marta (Hrsg.), Demokracie a Evropa v době globalizace, Brno 2003, S. 197-202, S. 200.

<sup>23</sup> Quelle: Bundesamt für Statistik

besser durchzusetzen. Wahlerfolge der SVP in den 90er Jahren und auch in den letzten Nationalratswahlen 2003 werden nicht nur ihrer Parteiprogrammatik zugeschrieben, sondern auch der Art und Weise, wie SVP ihre Wählerschaft mobilisiert.

Regierende SVP verhält sich oft als eine oppositionelle Partei, um neue Wähler zu gewinnen. Sie legt großen Wert auf die Mobilisierung sowohl ihrer Stammwähler als auch neuer Wähler. Wichtigste Akteure bei der Mobilisierung der Wählerschaft sind Kantonalparteien, SVP International und die Jungen SVP. Als Hilfsorganisation dient für diesen Zweck Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz. Schließlich muss man auch den charismatischen Politikstil von Christoph Blocher erwähnen.

SVP setzt bei der Wählermobilisierung oft auf die Arbeit mit der Bevölkerung direkt auf den Straßen.<sup>24</sup> Dabei sind Kantonalparteien hilfsbereit. Laut Artikel fünf der Parteistatuten verfügen Kantonalparteien im Rahmen des Parteiprogramms über rechtliche und organisatorische Autonomie. Sie sind zuständig, in ihrem Einflussbereich Ideen der SVP zu verbreiten. Sie haben das Recht dem höchsten Parteiorgan, der Delegiertenversammlung, einen Antrag auf Referendum vorzulegen. Die Delegiertenversammlung entscheidet endgültig, ob die Partei ein Referendum initiieren wird. Parolen vor wichtigen Referenden oder vor den Parlamentswahlen sind aber nur durch die Delegiertenversammlung zu verfassen. Gleiche Stellung wie die Kantonalparteien haben in der Partei auch SVP International und die Jungen SVP. SVP International wurde in 1992 gegründet und ihr Ziel ist es, das Stimmpotenzial der im Ausland lebenden Schweizer besser auszunutzen. Die Jungen SVP haben gleiche Ziele, wie die eidgenössische SVP. Sie richten ihre Aufmerksamkeit u. a. auf die Asylpolitik, Unterstützung der Neutralität und auf die Beibehaltung der Schweizer Milizarmee.

Mit der SVP arbeitet sehr eng Organisation Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) zusammen. Weil SVP Schweiz nur eine Dachorganisation der teilweise unabhängigen Kantonalparteien ist, ist die Partei nicht in allen Fragen einheitlich. Trotz der Dominanz des radikalen Zürcher Flügels, existieren bis heute Spannungen zwischen den deutschsprachigen und französischsprachigen Parteisektionen. Um Parteistreitigkeiten zu vermeiden, und bestimmte Entscheidungen schneller zu treffen, und damit aktionsfähiger zu sein, gründete die Zürcher Kantonalpartei zusammen mit dem rechten Flügel der FDP in 1986 AUNS. Bei der Gründung der AUNS standen der Nationalrat Otto Fischer aus FDP und Nationalrat Christoph Blocher aus SVP. AUNS sollte ursprünglich eine Organisation für alle

---

<sup>24</sup> Vgl. Die theatralische Inszenierung des Abstimmungskampfes „Trojanisches Pferd“ vor dem Referendum über Verträge aus Schengen und Dublin im Juni 2005.

Bürger sein, die mit ihren Zielen: politische und militärische Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Menschenrechte einverstanden waren. Nach der Rechtsradikalisierung der AUNS traten viele Wähler anderer Parteien aus, und AUNS wurde zu einer Organisation nur der SVP-Programmatik nahe.

AUNS setzt sich nach eigenen Angaben gegen Beschränkung der Schweizer Neutralität, heute vor allem gegen den Beitritt des Landes zur EU und zur NATO, gegen die Aufhebung des Bankkundengeheimnisses, gegen Einschränkung der direkten Demokratie, gegen Abschaffung der Schweizer Armee, gegen Asylrechtsmissbrauch, und gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten ein. Heute zählt sie mehr als 45 000 Mitglieder, Sympathisanten und Gönner. Sie hat feste Struktur mit inneren Organen, die in der Regel von wichtigen Mitgliedern der SVP (Nationalräten) besetzt werden.

Wahlerfolg der SVP wird in den letzten Jahren oft dem charismatischen Politikstil einer der führenden Persönlichkeiten Christoph Blocher zugeschrieben. Fredy Gsteiger beschreibt ihn als einen Politiker, der wenig mit den politischen Gremien, sondern direkt mit dem Volk kommuniziert. Blocher ist wohl der erste Politiker, der die direkte Demokratie der Schweiz mit ihren Volksabstimmungen über alle wichtigen Themen systematisch zu nutzen versteht.<sup>25</sup> Er wurde im Kanton Zürich in der Pfarrerfamilie geboren, lernte er zum Bauer und studierte Jura. Nach dem Studium arbeitete er als Jurist in der Chemieindustrie und wurde zu den reichsten Schweizern. Heute gehört er zu den wichtigsten Parteigeldgebern. In 1975 wurde er in den Zürcher Kantonsrat gewählt, 1977 wurde er zum Präsidenten der Zürcher SVP und zum Nationalrat. Nach dem Sieg in den Wahlen 2003 wurde er als der zweite Repräsentant der SVP zum Bundesrat, wo er für Polizei- und Justizdepartement zuständig ist. Bis zu seiner Wahl zum Bundesrat stand er an der Spitze der AUNS. In seinen Reden nutzt er häufig das Ausländerthema aus, setzt sich gegen Integration der Schweiz zur EU ein, betont die Rolle der neutralen Schweiz in der Weltpolitik, er verteidigt die Position des Landes in dem zweiten Weltkrieg gegen Schuldanerkennung der Schweizer<sup>26</sup> und als ein Großunternehmer gehört er zu den scharfen Gegnern der interventionistischen Politik des Staates. Obwohl er von vielen Beobachtern zu Haider oder Le Pen verglichen wird, pflegt er zu den europäischen nationalkonservativen Politikern keine engen Kontakte.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Gsteiger, Fredy, Milliardär und Volkstribun, in: Jungwirth, M. (Hrsg.) Haider, Le Pen & Co.: Europas Rechtspopulisten, Graz 2002, S. 44-61, hier S. 53.

<sup>26</sup> Vgl. Blocher, Christoph, Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht, Referat im Kursaal Bern, Schweizerzeit, Schriftenreihe Nr. 28, Bern 1997.

<sup>27</sup> Gsteiger, Milliardär und Volkstribun, S. 58.



Das Wahlverhalten der Bürger kann man durch die ökonomische Rational-Choice-Theorie erklären. Dieser Theorie nach verhalten sich Akteure auch in der Politik wie auf dem Markt.<sup>28</sup> Sie wollen ihre Kosten herabsetzen, und ihr Nutzen erhöhen. So wie die politischen Parteien, verhalten sich in den Wahlen rational auch die Wähler. Sie stimmen für eine Partei, die ihnen Nutzen bringen kann. SVP präsentiert sich in der Gesellschaft mit den Lösungen bestimmter Probleme, die den Wählern ihre Kosten herabsetzen sollen. Die Fortsetzung der bisherigen Politik von ihren Koalitionspartnern würde ihre Kosten erhöhen. Die Bürger sind gezwungen, Kosten und Nutzen nach Methoden der Partei mit wirksamer Wahlkampagne zu analysieren und sich für die billige Alternative zu entscheiden.

Das Problem der hohen Kosten des Staates sieht SVP in der Asyl- und Arbeitsmigrationpolitik der Schweiz. Durch die Öffnung der Grenze für Arbeitskraft aus Ausland soll der Meinung der SVP nach Arbeitslosigkeit in der Schweiz noch steigern. Damit schlägt sie vor, Personenfreizügigkeit den Bürgern aus neuen EU-Staaten nicht zu gewährleisten und die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge zu reduzieren. Viel Geld soll der Staat auch wegen des langen Asylbewerberverfahrens ausgeben. Wichtiges Thema, bei der die Bürger Kosten und Nutzen analysieren können, ist die Frage der Steuerpolitik. Im SVP-Wahlmanifest 2003 befindet sich ein Vorschlag auf die Steuersenkung und Rationalisierung von Abgaben und Gebühren.

Alle von oben genannten Themen sind direkt durch die finanzielle Kosten-Nutzen-Analyse dargestellt. Rational-Choice-Theorie bedeutet nicht nur bloße Geldkalkulation. Die Wähler vergleichen auch andere Aspekte bei ihrer Entscheidung, wie z. B Erweiterung oder Beschränkung ihrer politischen Rechte. Das Recht der Bürger über Gesetze im Referendum zu entscheiden, gehört zu alten Traditionen des Schweizer politischen Systems. Das Ende dieses Rechtes verbindet SVP mit dem Beitritt des Landes zur EU. Aus diesem Grund tritt sie gegen europäische Integration des Landes zu transnationalen Organisationen.

Die Bürger gehen wählen oder abstimmen, wenn sie sich kompetent fühlen. Kompetent zu sein bedeutet, genug an Informationen zu haben. Heutzutage lesen Bürger keine langen Parteimanifesten, sondern sie verlassen sich auf Wahlspots und Wahlslogans, oder auf Wahlbroschüren. Die Parteien sind gezwungen, durch kurze und klare Aussagen Wähler über eigene Lösungen der Probleme zu überzeugen. Der Partei hilft wesentlich, wenn ihr Programm klar visualisiert wird. SVP setzt bei der Wählermobilisierung auf die kontroverse Plakatierung ein. Für ihre Kampagne benutzt sie häufig holzschnittartige,

---

<sup>28</sup> Vgl. Downs, Anthony, *An Economic theory of Democracy*, New York 1957.

expressionistisch geprägte, und oft kontroverse Plakate (Vgl. Anhang 1, Abbildungen 1 und 2). Mit Hilfe von Plakaten angreift sie auch ihre Partner aus der Regierung (Vgl. Anhang 1, Abbildung 3, 4). Auf dem offiziellen Plakat der Partei zur Volksabstimmung vom Mai 2004 über die Finanzierung der Alters- und Hinterlassenversicherung durch die Anhebung der Mehrwert-Steuer verglich SVP alle Sozialdemokraten zu den Ratten. Reaktion der SVP-Gegner war der Vergleich der Partei zu den deutschen Nationalsozialisten aus 30er Jahren, die Juden und politische Gegner als Ratten bezeichneten. Ein Jahr früher, in 2003, wurde ein Plakat der Basler SVP sogar verboten. Das Plakat zeigt im Schweizer Kreuz den Terroristen Usama Bin Ladin. Laut der Aussagen SVP sollte das Plakat gegen alle Islamisten gerichtet sein (Vgl. Anhang 1, Abbildung 5).

SVP benutzt in hoher Maße gedruckte Medien, wo sie durch Inseratenkampagnen ihre Sympathisanten anspricht. Der Partei gelingt es, ihre Themenfelder im Fernsehen zu präsentieren. Es hat anschließend eine Wirkung auf die Diskussionen in den Zeitungen und Zeitschriften, was wirksam vor allem in dem Falle ist, wenn das Massenmedium nicht der Partei nahe steht.<sup>29</sup>

Wie die anderen Parteien versucht auch SVP, sich in den Massenmedien oft zu präsentieren. Ihre Kampagne ist im Vergleich zu anderen Parteien mehr auffällig, weil sie in die politischen Debatten oft heikle Themen mit kontroversen Stellungen bringt. Sie nutzen damit effektiv den Einfluss der Medien auf die politischen Entscheidungen von Bürgern. Je mehr sie in den Medien zu einem Problem mit der Präsentation von rasanten Lösungen auftreten, desto weniger Bürger unterliegen den anderen, aus der Sicht von SVP, oppositionellen Meinungen. Vor Wahlen oder vor jeder Abstimmung ist es für alle Parteien wichtig, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Um erfolgreich zu sein, müssen die Bürger über die Themen überlegen, sie müssen Politiker gut kennen und sie müssen klar haben, welche Lösungen einzelne Parteien vorstellen. Der SVP ist es in den letzten Jahren gelungen, durch die Medien aber auch durch die Arbeit direkt auf den Straßen, sich als eine Partei zu präsentieren, die in bestimmten Fragen in der Opposition zu ihren Koalitionspartner steht.

---

<sup>29</sup> Vgl. Longchamp, Claude, Der nationalkonservative Protest in der Schweiz, GfS-Forschungsinstitut, S. 24, <<http://www.politrends.ch/politrends/natkons.html>>, am 15.7.2005.

## 5. Fazit

Schweizerische Volkspartei war seit 1929 (damals noch unter dem Namen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) bis 2003 im Bundesrat als kleinste Partei vertreten. Obwohl sie die Wahlen schon in 1999 gewann, gelang es der Partei den zweiten Sitz im Bundesrat erst in 2003 zu gewinnen. Mit diesem Schritt änderte sich nach 45 Jahren die Zusammensetzung des Schweizer Bundesrates.

In meiner Arbeit versuchte ich die Ursachen des Wahlerfolges der Partei zu analysieren. Meine Aufmerksamkeit richtete ich auf die Entwicklungstendenzen der Partei im Sinne der These von Otto Kirchheimer über Allerweltparteien, auf die Programmatik und auf die Art und Weise der Mobilisierung der Wählerschaft. Die ersten Versuche Programmatik zu ändern, gab es bei der Umbenennung der BGB auf SVP in 1971. Nach der Auflösung alter Milieus war im Plan der Partei auch neue Wähler zu gewinnen. Trotz der Bildung einer Volkspartei, gelang es der Partei in den 70er und 80er Jahren noch nicht, ihr Wählerpotenzial zu erweitern.

Erste Erfolge kamen erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahren. Der alte Kontinent begann sich schnell zu ändern. Nach mehr als 40 Jahren brach das kommunistische Regime im Mittel- und Osteuropa. Durch die unterschiedlichen Ideologien getrennte Welt war vorbei. Durch die Öffnung der Grenze und infolge der Kriege in den Ländern ehemaliges Jugoslawiens wurde Schweiz zum Zielland von großen Mengen von Arbeitssuchenden und politischen Flüchtlingen. SVP nutzte diese prekäre Situation für sich selbst, und begann die Regierung wegen hohen Anteilen an Ausländer zu kritisieren. Damit reihte sie sich zu den westeuropäischen politischen Parteien ein, die ihre Politik auf den Themen wie Asyl- und Migrationpolitik aufbauen.

Ihre Programmatik lässt SVP zu den national-konservativen Parteien einordnen. Sie kämpft für Neutralität der Schweiz, für direkte Demokratie, für den Föderalismus, für traditionelle Familie. Liberale Züge des Parteiprogramms kann man in ihrer Vorstellung der Wirtschaftspolitik finden. Sie setzt sich für die Senkung der Steuer und Rationalisierung von Abgaben und Gebühren.

SVP ist von vielen Beobachtern der Schweizer Politik wegen ihrer Art und Weise der Wählermobilisierung kritisiert. Ihre Plakate wurden mehrmals zu den Plakaten, die deutsche Nationalsozialisten in den 30er Jahren benutzten, verglichen. Um bei der Wählermobilisierung aktionsfähiger zu sein, gründete der Zürcherflügel in 1986 Aktion für

eine unabhängige und neutrale Schweiz, die heutzutage praktisch ausschließlich aus den SVP-Mitgliedern besteht.

Obwohl SVP die Wahlen 2003 gewann, verlor sie im Juni 2005 wichtige Volksabstimmung über Verträge von Schengen und Dublin. Ihre konservative Stellung erlitt Niederlage auch in demselben Referendum über Gleichberechtigung der gleichgeschlechtigen Partnerschaften.

Ihre Zukunft hängt mit dem weiteren Prozess des europäischen Integrationsprozess zusammen. Die Schweiz ist das einzige westeuropäische Land (ausgenommen von Kleinststaaten), dass immer noch nicht zur EU-Familie gehört. Ursprünglich neutrale Länder wie Österreich und Schweden sind schon zehn Jahren EU-Mitglieder. Die durch das Schweizer Volk verabschiedeten Verträge von Schengen und Dublin, die wichtige Annäherung zur EU bedeuten, deuten eine Möglichkeit an, dass auch in der Schweiz die Gruppe von Europaoptimisten wächst. Auf der anderen Seite muss man bei diesem Überlegen auch europessimistischen Strömungen in den alten EU-Staaten in Betracht nehmen. Wenn Europäische Union durch ihren Integrationsprozess den Mitgliedsstaaten mehr an nationaler Souveränität nimmt, und weiter bürokratisiert wird, kann die Zahl der Europessimisten nicht nur in den EU-Staaten zuwachsen, sondern es kann auch die Zahl der EU-Gegner in der Schweiz größer sein.

Die wichtigste Konfliktlinie, die heute in Schweizer Gesellschaft zu finden ist, ausgenommen traditioneller sprachlicher und konfessioneller Teilung, ist die Frage der Integration des Landes in die transnationalen Strukturen. SVP mit ihrer antieuropäischen Stellung steht gegenüber anderen Bundesratsparteien. Künftiger Erfolg der Partei wird nicht nur von der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen EU-Gegnern und EU-Anhängern, sondern auch vom Erfolg des Integrationsprojektes der EU-Staaten abhängen.

## 6. Literaturverzeichnis

- Blocher, Christoph, Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht, Referat im Kursaal Bern, Schweizerzeit, Schriftenreihe Nr. 28, Bern 1997.
- Downs, Anthony, An Economic theory of Democracy, New York 1957.
- Gabriel, Jürg Martin, Das politische System der Schweiz, 5. Auflage, Bern/ Stuttgart/ Wien 1997.
- Gruner, Erich, Die Parteien in der Schweiz, 2. Auflage, Bern 1997.
- Gsteiger, Fredy, Milliardär und Volkstribun, in: Jungwirth, M. (Hrsg.) Haider, Le Pen & Co.: Europas Rechtspopulisten, Graz 2002, S. 44-61.
- Kirchheimer, Otto, Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., Heft 1, S. 20-41.
- Ladner, Andreas, Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien, in: Klöti, Ulrich u. a. (Hrsg.), Handbuch der Schweizer Politik, 3. Auflage, Zürich 2002, S. 211-257.
- Lehmbruch, Gerhard, Proporzdemokratie, Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und Österreich, Tübingen 1967.
- Linder, Wolf, Das politische System der Schweiz, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Opladen 2003, S. 487-520.
- Linder, Wolf, Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven, Bern 1999.
- Lipset, Seymour M./ Rokkan, Stein, Party System and Voter Alignments, New York 1967.
- Mikulčíková, Adriana, Švajčiarsko v Európe – švajčiarsky nacionalizmus ako možná príčina odmietania vstupu do EÚ?, in: Goňcová, Marta (Hrsg.), Demokracie a Evropa v době globalizace, Brno 2003, S. 197-202.
- Schwendin, Thomas, Herausforderung Europa: integrationspolitische Debatten in Österreich und in der Schweiz 1985-1989, Berlin 1993.

### Internetquellen:

- Ladner, Andreas: Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung, <[http://socio.ch/par/ladner/lad\\_02.pdf](http://socio.ch/par/ladner/lad_02.pdf)>, am 17.7.2005.
- Longchamp, Claude, Der nationalkonservative Protest in der Schweiz, GfS-Forschungsinstitut, <<http://www.polittrends.ch/polittrends/natkons.html>>, am 15.7.2005.
- Longchamp, Claude, Umgruppierung der politischen Mitte, GfS-Forschungsinstitut, Politik und Staat, Bern 2002, <<http://www.fdp.ch/dl/Wahlen03/Wahlbar01.pdf>> am 21.6..2005.
- Kirchgässner, Gebhard/ Schulz, Thobias, Was treibt die Stimmbürger an die Urne? Eine empirische Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz 1981-1999, Universität St. Gallen, St. Gallen, 2004 <<http://www.vwa.unisg.ch/-org/vwa/web.nsf/SysWebRe>>, am 19.6.2005.
- Schweizerische Volkspartei, <<http://www.anneepolitique.ch/docu/HP-SVP>>, am 23.7.2005.
- Seitz, Werner, Nationalratswahlen 2003: Analyse der Ergebnisse und historische Einbettung, <[http://werner-seitz.ch/R\\_2003\\_NRW03.pdf](http://werner-seitz.ch/R_2003_NRW03.pdf)>, am 20.6.2005.

<http://www.admin.ch>

<http://www.svp.ch>

<http://www.auns.ch>

<http://www.jsvp.ch>

<http://www.statistik.admin.ch>

<http://www.politikon-osnabrueck.de>  
<http://www.landwirtschaft-gegen-ost-personenfreizuegigkeit.ch>  
<http://www.politik-stat.ch>  
[http://www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell\\_Aug\\_31\\_2003.html](http://www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell_Aug_31_2003.html)

## **7. Abkürzungsverzeichnis**

AUNS – Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

BGB – Bauern, Gewerbe- und Bürgerpartei

CVP – Christlichdemokratische Volkspartei

EU – Europäische Union

EWK – Europäischer Wirtschaftsraum

FDP – Freisinnig-Demokratische Partei

SP – Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SVP – Schweizerische Volkspartei

**8: Anhang 1:**

Abbildung 1



Abbildung 2



Quelle: <http://www.svp.ch> (am 1.6. 2005).

Abbildung 3



Abbildung 4



Abbildung 5



Quelle: [http://www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell\\_Aug\\_31\\_2003.html](http://www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell_Aug_31_2003.html), am 21.6.2005.